

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XXII/241

Bonn, den 19. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Mit Blick auf die siebziger Jahre	61

-----  
Zum Entwurf eines Aktionsprogramms der CDU

2	Was soll das ?	28
---	----------------	----

-----  
Das Vabanquespiel in Ostberlin

3 - 4	Neuwahl in Dänemark	91
-------	---------------------	----

-----  
"Links" brachte sozialdemokratische Regierung zum Sturz  
Von unserem KK-Korrespondenten in Kopenhagen

SELBSTBESTIMMUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Heipertz nach Prag  
Unmut über de Gaulle  
Zusammenlegung von Ministerien?  
Acht Reden zum politischen Standort der Vertriebenen  
Deutscher Korrespondent ausgewiesen  
Nachruf auf Hans Kerten  
Verbesserung der 20. LAG-Novelle  
"Bahnwärter Thiel" im Zweiten Deutschen Fernsehen  
Dr. Helmut Neubach: Von Lassalle zu Löbe

\*\*\*\*\* Zur Beachtung \*\*\*\*\*  
\*\*\*\*\*  
Unsere neue Anschrift lautet:  
SPD-PRESSEDIENST GmbH  
53 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Pressenhaus I  
Telefon 22 80 37/38  
\*\*\*\*\*

Mit Blick auf die siebziger Jahre

---

Zum Entwurf eines Aktionsprogramms der CDU

Der - Das Parteiprogramm der Christlich-Demokratischen Union stammt aus dem Jahre 1953. Es hat inzwischen viel Patina angesetzt. Es erwies sich im Laufe der Zeit auf weiten Strecken nicht mehr als zeitgemäß; viele programmatische Vorstellungen wurden durch die seitdem eingetretenen Entwicklungen in weiten Bereichen überholt, das Programm orientierte sich nach weltanschaulichen Kriterien. Es gab nicht wenige führende CDU-Politiker, die die SPD um ihr Godesberger Programm beneideten, diesen großartig gelungenen Versuch, in einer schnell sich wandelnden Zeit mit ihren revolutionären Erscheinungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einen festen Standort zu beziehen. Dieses Programm war allerdings das Ergebnis vieljähriger gründlicher, alle gesellschaftspolitischen Bereiche erfassender Diskussionen.

Auch die CDU empfand immer dringender das Bedürfnis, ihr Kleid und ihr Erscheinungsbild zu modernisieren und es in Einklang zu bringen mit den Bedürfnissen unserer Zeit und der bevorstehenden siebziger Jahre. 24 Kommissionen machten sich vor einem Jahr an die Arbeit, das Ergebnis liegt nun vor, der Geschäftsführer der CDU und Bundesfamilienminister Dr. Bruno Heck, hat es auf einer Bonner Pressekonferenz verkündet. In der gesamten CDU und ihren Gliederungen steht nun der Entwurf zur Diskussion und es dürfte dabei hier und da recht heiß zugehen und die Geister aufeinanderprallen lassen. Auf einem Parteitag im Herbst nächsten Jahres in Berlin soll das Aktionsprogramm schon als Plattform für die 1969 fälligen Bundestagswahlen verabschiedet werden. Man kann sehr gespannt sein, was von diesem Entwurf übrigbleiben wird.

Offensichtlich war es das Bemühen der Verfasser, alle stockkonservativen Bedürfnisse zu befriedigen, gleichzeitig aber die CDU mit der Aura einer fortschrittlich gesinnten, die Zukunft in den Griff nehmenden Partei zu umgeben.

Schon in dieser Spannweite liegt viel Explosivstoff und die Gewissheit innerer Konflikte. So mußte ein Sonderausschuß der CDU-Bundestagsfraktion seinen Auftrag, Grundsätze und Grundlagen für ein erweitertes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auszuarbeiten, wieder an die Fraktionsspitze zurückgeben, weil keine Einigung zu erzielen war. Der Entwurf jedoch sieht die Ausdehnung der Mitbestimmung als Prüfungsgegenstand vor. Wird es nur beim Vorsatz, nicht aber bei seiner Verwirklichung bleiben?

Ohne Zweifel weist der Entwurf für ein Aktionsprogramm der CDU viele progressive Elemente auf, gibt Einsichten und Erkenntnisse Raum, die im Lichte der Vergangenheit dieser Partei geradezu revolutionär sind, wie etwa, die Spekulationsgewinne bei Bodengeschäften steuerlich stärker zu erfassen, oder aber schon den 18-Jährigen das Wahlrecht zu geben. Das Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule, in einem CDU-Aktionsprogramm verankert, bedeutet einen Bruch mit der bisherigen Tradition dieser Partei und zeugt von dem Bestreben, vom Charakter einer Weltanschauungspartei loszukommen. In unserer endideologisierten Gesellschaft hat sich Weltanschauung als bestimmendes Motiv für politisches Handeln demokratischer Parteien als Herrschend erwie-

sen. Die CDU ist dabei, ihn abzustreifen, sie versucht, den Anschluß an die Erfordernisse einer modernen, auch sich selbst erneuernden Industriegesellschaft zu finden.

Für die übrigen demokratischen Parteien ist dies eine Herausforderung, der sie sich nicht entziehen können. Die Sozialdemokratie hat diese gewiß nicht zu scheuen; es wird zu einem Wettlauf um den besten gesellschaftspolitischen Inhalt kommen und um die Verwirklichung eigener Politik, die danach bemessen wird, was sie an Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit unserem Volke bietet. Aber noch ist es nicht so weit, die Verabschiedung eines Aktionsprogramms der CDU im Herbst nächsten Jahres muß nicht bedeuten, daß es für diese Partei bindend sein werde. Davon zeugt die Geschichte des seinerzeit so viel gepriesenen Aalener Programms; es verschwand in der Versenkung, es diente immer nur als Aushängeschild.

+ + +

Was soll das ?

#### Das Vabanquespiel in Ostberlin

sp - Wenn nicht alles täuscht, wollen die Machthaber in Ostberlin die Ost-West-Spannung in Europa und damit zwischen den beiden Teilen Deutschlands ins Unerträglichste steigern. Die Pressekonferenz des Propagandachefs der DDR-Regierung, Norden, läßt dies erwarten. Was man in Ostberlin mit dem Hochschrauben der Forderungen an die Bundesrepublik bezweckt, ist klar: Man will durch eine Übersteigerung der Angriffe, Unterstellungen und Verleumdungen gegenüber Bonn und Westberlin bei den Verbündeten der Bundesrepublik den Gedanken nähren, daß nur durch ein Nachgeben gegenüber den Forderungen Ostberlins die Ruhe in Europa wiederhergestellt werden könne. Und gegenüber den eigenen Verbündeten im östlichen Bereich will Ulbricht ohne Zweifel zeigen, daß er willens und imstande sei, die Anbahnung guter Beziehungen zwischen Bonn und ihnen zu torpedieren.

Das Ganze ist ein gefährliches Vabanquespiel, weil Ulbricht natürlich weiß, daß seine immer höher geschraubten Forderungen diejenigen Kreise im Westen Europas mobilisieren, die seit jeher sagen, es habe keinen Sinn, an der Entspannungspolitik festzuhalten. Die Situation ist jetzt so ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, als Nationalisten aller Schattierungen durch hochgeschraubte Forderungen die Atmosphäre in ganz Europa vergifteten.

Die Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister von Berlin haben gelassen auf Nordens provokatorische Pressekonferenz reagiert. Diese Gelassenheit ist das einzige Mittel, um die Völker Europas und ihre Regierungen davon zu überzeugen, daß die Regierung in Bonn ohne Vorbehalt die Entspannung zwischen Ost und West anstrebt. Unbeeinträchtigt von den schrillen Tönen aus Ostberlin muß sie systematisch ihre Politik des Ausgleichs der Interessen im gespaltenen Deutschland und Europa fortsetzen.

+ + +

- 3 -

### Neuwahl in Dänemark

"Linke" brachte sozialdemokratische Regierung zum Sturz  
Von unserem K. K. - Korrespondenten in Kopenhagen

Das ehrwürdige Folketing hat während seines jahrhundertelangen Bestehens keine so dramatische und skandalöse Tagung erlebt, wie die vom 15. Dezember 1967. Regierungen wurden auch schon früher gestürzt; keine jedoch fiel unter so eigentümlichen Umständen wie die Regierung Krag. Das "Verdienst" an ihrem Sturze kommt der "Linken" zu; nämlich sechs Mitgliedern von Aksel Larsens Sozialistischer Volkspartei. Unter diesen sechs befinden sich zwei gut aussehende junge Frauen. Der dänische Volksmund hat für diese sechs daher die Bezeichnung Sex-Klub geprägt.

Aksel Larsen, nunmehr siebzig Jahre alt, hat vor vielen Jahren als Vorsitzender der dänischen Kommunisten gegen die Moskauhörigkeit seiner Partei aufgekehrt. Dies geschah nach der Niederwerfung der ungarischen Revolution und nach den Ereignissen in Polen im Jahre 1956. Er bildete eine eigene Partei, Socialistiske Folkeparti, und es gelang ihm, die Kommunisten aus dem Folketing auszuschalten. Seine Partei wuchs bei den nachfolgenden Wahlen, und am 22. November 1966 zog er mit 20 Abgeordneten in das Folketing ein. Seine kluge Taktik hatte sowohl den Sozialdemokraten wie der Radikalen Venstre viele Wähler abtrünnig gemacht. Durch seinen Sieg wuchs Larsen erhöhte Verantwortung zu. Er entzog sich ihr nicht und entschloß sich zur Zusammenarbeit mit der regierenden Sozialdemokratie. Zwar lehnte seine Partei es ab, in die Regierung einzutreten, aber die enge Zusammenarbeit stützte sich auf ein "rotes Kabinett" außerhalb der Regierung derart, daß alle Gesetzesvorlagen in diesem gemeinsamen Ausschuß durchbesprochen wurden, ehe man sie dem Folketing vorlegte. Die siebzig Sozialdemokraten und die zwanzig Mitglieder der SF-Fraktion hatten zusammen die Mehrheit im Folketing; eine sozialistische Mehrheit gab es in ihm dadurch zum ersten Male.

Der unerwartet große Sieg Aksel Larsens bei den Novemberwahlen 1966 stützte sich nicht auf eine in ihrer Mehrheit überzeugte Wählerschaft, sondern vor allem auf Unzufriedene. Nicht einmal alle zwanzig Folketingsmitglieder der Larsen-Partei konnte man als überzeugte Sozialisten bezeichnen; einige von ihnen gehörten der Partei nicht einmal an, als man sie, gewissermaßen als Zählkandidaten, auf die Liste gesetzt hatte. Die Partei "formierte" sich eigentlich erst nach ihrem Wahlsieg - mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand eine "linke" gegen Aksel Larsen gerichtete Mehrheit bekam, die der von Larsen beherrschten Parlamentsfraktion wegen der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten immer größere Schwierigkeiten bereitete. Nun haben sich also sechs Mitglieder der Fraktion, der PV-Mehrheit folgend, dem Fraktionsbeschluss nicht gefügt und, indem sie mit der bürgerlichen Opposition gegen eine wichtige Regierungsvorlage stimmten, die sozialdemokratische Regierung gestürzt.

Es ging dabei um die Folgen der Abwertung, zu der die dänische Regierung nach der Abwertung des Pfundes gezwungen ist. Die

Opposition war zu einem Teil gegen die Abwertung selbst, zum anderen Teile warf sie der Regierung vor, die Abwertung vorgenommen zu haben, ohne die Parteien rechtzeitig zu befragen. Auf den letzten Einwand antwortete die Regierung, daß jede Verzögerung gefährliche Spekulationen auf dem Geldmarkt ermöglicht hätte. Jedenfalls sah die Opposition den Sturz der Regierung Krag als möglich an, wenn sich ihnen ein Teil der Larsenpartei (die auch Flugsand-Partei genannt wird) bei der Abstimmung über eine Regierungsvorlage anschliesse, die als Folge der Abwertung eingebracht werden mußte. Es handelte sich um das "Einfrieren" einer Teuerungszulage für Lohnempfänger - dieses "Einfrieren" sollte den Versuch erleichtern, Preissteigerungen im Zuge der Abwertung zu verhindern - und um den Antrag, eine einmalige Steuer von drei Prozent von anderen Einkommensträgern einzuziehen, um den Staatsfinanzen aufzuhelfen. Der zweite Antrag wurde vom Folketing angenommen, wird aber infolge der Auflösung nicht Gesetz werden. Der erste fiel mit 92 gegen 85 Stimmen. Hätten die sechs Abtrünnigen der Larsenfraktion für die Regierungsvorlage gestimmt, wäre das Verhältnis 91 zu 86 für die Regierung gewesen, und Dänemark wäre also die Arbeiterregierung erhalten geblieben.

Der eigentliche Skandal bestand darin, daß sich die sechs der Verantwortung für ihren Schritt entziehen wollten, indem sie beantragten, daß die Regierung Krag trotz der Ablehnung der Vorlage über das "Einfrieren" der Teuerungszulage das Vertrauen des Folketings habe. Dieser eitle Versuch, das Folketing zu einem Kindergarten herabzuwürdigen, wurde von den Sozialdemokraten sofort zurückgewiesen. Die sechs wuschen vor offenem Folketing ihre Parteiwäsche; die vierzehn anderen Mitglieder der Larsenfraktion ließen sich jedoch nicht beirren. Sie stimmten für die Regierung Krag.

Die Neuwahl des Folketing ist für den 23. Januar in Aussicht genommen. Der Wahlkampf, seit Wochen vorbereitet, hat bereits begonnen. Die Sozialdemokratie, als Regierungspartei für unpopuläre Gesetze verantwortlich, hat den Wahlwind gegen sich. Aksel Larsen hat einen außerordentlichen Parteitag einberufen, um innerhalb seiner eigenen Partei Klarheit zu schaffen. Die Spaltung der Partei in eigentlich drei Fraktionen kann jedoch schon als gegeben angesehen werden. Auch sie wird den Wahlwind gegen sich haben - ob nun diese oder jene Fraktion der Partei die fragwürdige Mehrheit des Parteitages hinter sich bekommen wird. Die bürgerliche Opposition rechnet damit, endlich wieder an die Macht zu kommen. Für diesen Erfolg würde sie der "Linken" zu danken haben, die ja auch in anderen Ländern die Geschäfte der anderen besorgt.